

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1910**

128 (9.6.1910) 1. Blatt



liche Geistliche geirrt werden, wenn sie Kinder taufen ohne Genehmigung der protestantischen Staatsregierung. Doch das nur nebenbei zur Erhaltung des Gleichgewichts. Ebenso ist es durchaus unrichtig, daß die in der Enzyklika zu findende Verwerfung der protestantischen Reformation, d. h. in der Verwerfung eines Irrtums, nicht zu vereinbaren ist mit der christlichen Liebe. Im Gegenteil! Es ist eine Pflicht der Liebe, den Irrtum nicht zu schonen, wohl aber den Irrenden. Ferner ist es unrichtig, daß der Papst bzw. die katholische Kirche eine Entwidlung anerkennt; aber die Wahrheit entwickelt sich nicht, sondern sie ist ewig fest und wenn man hier von einer Entwicklung sprechen will, so kann sie nur in einer tieferen Erfassung der Wahrheit bestehen. Im übrigen ist aber das, was die „Deutsche Partei“ schreibt, wenigstens ein anerkennenswerter Versuch, der Enzyklika vom nichtkatholischen Standpunkt aus gerecht zu werden.

## Deutschland.

Berlin, 9. Juni 1910.

Die braunschweigische Landesversammlung und die Enzyklika. In der gestrigen Sitzung der Landesversammlung wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß eingebend der Erwägung, in Deutschland und das Braunschweiger Land durch die Einführung der Reformation erfahren haben, die Landesversammlung entschieden Verwahrung einlegen gegen die unerhörte Gerabwürdigung unserer deutschen Reformatoren, sowie gegen die den Frieden der Konfessionen in unserem Volke schwer lösenden Auswirkungen der Kurie. Minister Wolff gab namens der Regierung die Erklärung ab, daß das Herzogliche Staatsministerium den Standpunkt dieser Entschließung als berechtigt anerkenne und auch seinerseits die Haltung der römischen Kurie tief beklage. Die Regierung werde aber nach wie vor den berechtigten Wünschen der katholischen Landesbewohner soweit als möglich entgegenkommen. Auch das heiße das Erbe des protestantischen Geistes pflegen. (Aufsch.) Sodann wurde die Resolution als auch die Erklärung der Regierung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Braunschweig, das rückständigste Land in Bezug auf religiöse Toleranz, hat es allerdings notwendig, große Schritte zu machen. Sie werden überall die gebührende Heiterkeit wecken!

Wemerkenswerte Eingeständnisse machen liberale Agitatoren im Kreise Friedberg. Der liberale Parteisekretär Trunfäß in Feuerbach bei Friedberg ließ gelegentlich einer Versammlung das Wort dem Gehege seiner Partei entfalten: „Alles, was Deutschland in den letzten 20 Jahren erreicht hat, daß es die 20 Millionen betragende Bevölkerungszunahme ernähren kann, daß es heute groß und mächtig dasteht, verdankt es der Industrie und dem Großkapital.“ Wie ein Blick aus heiterem Himmel schlug dieses Wort ein. Zeigt es doch so recht, wohin die ganze liberale Politik hinreißt: Schuß dem Großkapital zu gewähren. Freilich, wenn der „Hansa-Bund“ mit seinen 60 Millionen betragenden Wählern für die nächstjährigen Reichstagswahlen dem verschönten Liberalismus unter die Arme greift, kann man eine andere Stellungnahme der Herren Liberalen und Freisinnigen nicht erwarten. In Stockholm versuchte ein protestantischer Pfarrer die konfessionellen Gegensätze zu schüren, indem er den Bauern auf die Unterstützung des Bundes der Landwirte durch das Zentrum hinwies. Herr Gutachter Roland-Diering ließ ihm die richtige Antwort zuteil werden. Er sagte: „Es ist eines Christen, namentlich eines Geistlichen, unwürdig, die an sich schon große Erregung noch mehr durch das Konfessionelle zu schüren.“

Protestversammlungen in protestantischen Kirchen. Am Donnerstag finden gleichzeitig in drei Breslauer Kirchen Protestversammlungen gegen die Enzyklika statt, die vom schlesischen Hauptverein des Bundes einberufen worden sind. Ebenso werden in zahlreichen Städten sächsischen Protestkundgebungen geplant.

Ueber die Haltung der Regierung in der Enzyklika-Interpellation weiß eine Korrespondenz zu melden, daß die Regierung sich dahin bemühe, zu verhindern, daß das Mundschreiben von den Kanzeln verlesen werde. Dazu hat der Staat einmal kein Anrecht und 2. kann er sich jede Miße (paren, denn diese Mundschreiben werden in der Regel nicht von der Kanzel verlesen.

Von jugendlicher Geschichtsphilosophie erzählt im „Protestantenblatt“ ein Patriot: „In der Antiquaria des Gymnasiums wurden wie solche angelesen, die ersten Sprünge des selbständigen Denkens zu machen. Und das geschah so, daß freie Vorträge von uns jungen Herren gehalten wurden vor den Mitschülern. Frei — das heißt, wir konnten uns den Gegenstand der Rede frei wählen und mußten frei darüber vortragen. Diese freigelegten Gegenstände veranlaßten natürlich alles Wirkliche, Spezielle. Je allgemeiner, desto besser. Wir vernichteten den Ultramontanismus: „Das Dunkel des Mittelalters muß erbleichen vor der aufgehenden Sonne des neuerstandenen Deutschen Reiches!“ Schön, nicht wahr? Und eingetoffen ist, als ob wir damals prophetisch inspiriert worden seien! Wir sprachen über den Kampf der Germanen und Romanen, der durch die Geschichte hindurchtöte. Niemand unter uns hatte je einen Romanen gesehen. Aber Woschod wußten wir ganz genau, mindestens von der Zeit der Cimbern und Teutonen ab. Daß wir den Romanen auch etwas verdanken, kann uns gar nicht in den Sinn. Romanen waren stets minderwertig — selbst haben sie den römischen Kaiser, deutsche Kaiser — Sedan — Paris — machte senex imperator — nun, dann waren wir wieder da, wohin wir wollten: bei der Verherrlichung der eigenen großen Zeit.“

Dazu schreibt die „Germania“: „Diese Erzählung ist immerhin so weit von Interesse, als sie die übliche Erziehungsart auf vielen Gymnasien beleuchtet. Die Schüler werden auf die „Bemächtigung des Ultramontanismus“ förmlich dressiert, und dann halten sie natürlich, wenn sie losgelassen werden, auch entsprechende Reden. Und wenn sie später erwachsen sind und angeleitet sind, schreiben sie Artikel für das „Protestantenblatt“ und ähnliche Kulturkampfsorgane.“

Die Reichsversicherungs-Kommission nahm den Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei an, das Krankenversicherungs-pflichtige Einkommen von 2000 auf 2500 M. zu erhöhen.

## Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Türkei, Oesterreich und Kretafrage. In einer Unterredung mit dem Chefredakteur des „Freunden-

blattes“ erklärte der türkische Minister des Aeußeren, daß der Thronfolger und er selbst einen ausgezeichneten Eindruck von Wien mitnehme. Der Thronfolger habe durch seinen Besuch beim Kaiser den Eindruck gewonnen, daß dieser ein treuer, aufrichtiger Freund der Türkei sei. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien ausgezeichnet. Bezüglich der Kretafrage halte er an der Fassung fest, daß man in kurzer Zeit die definitive Regelung erreichen werde. Die Haltung der Schutzmächte sei beruhigend. Die Türkei werde Kreta eine weitestgehende Autonomie zugeteilt, was für die strecker besser sein werde, als eine Annexionierung durch Griechenland. Er hege den Wunsch, daß sich die Streitigkeitsmächte so bald als möglich über die Bildung eines definitiven Regimes in Kreta einigen möchten.

Oesterreichische Truppen bei den ungarischen Wahlen. Im oesterreichischen Abgeordnetenhaus gab der Ministerpräsident in der Antwort auf die Interpellation über die Verwendung der Truppen des gemeinsamen Heeres bei den ungarischen Wahlen zu, daß, wie das in gleichen Fällen stets so gehalten worden sei, auch Truppen aus dem oesterreichischen Korps zur Verstärkung der nicht ausreichenden in Ungarn garnisonierten Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit verwendet worden seien, was auch im Wehrgesetz begründet sei. Heute findet die Verlesung der Interpellation statt.

## Italien.

Ein schönes Wort einer Königin. Als der König beschloß, nach den Stätten des Erdbeben-unglücks abzureisen, gab der „Tribuna“ zufolge die Königin ihrem Wunsche, sich dem König anzuschließen, mit folgenden Worten Ausdruck: „Bei allen Zeiten ist meine Gegenwart nötig. Ich fühle bei seiner großen Feierlichkeit, ich darf auch nicht fehlen, wo man stirbt und weint. Als Frau und Mutter werde ich da unten an meinem Plage sein.“

## Wallonien.

Boisfort gegen Griechenland. Aus Saloniki wird gemeldet: Die türkischen Postämter erhielten aus Konstantinopel die Weisung, weder Briefe noch andere Postsendungen aus Griechenland entgegen zu nehmen oder solche eventuell zurück zu senden. Die hiesige Korporation der Schiffverlader sprach sich vorläufig gegen den Boykott der griechischen Schiffe in Cavalla und Rodos aus. Der Boykott ist bereits verhängt.

## Spanien.

Eine Fetter-Schule gekümmert. Aus Saragossa wird vom 6. Juni gemeldet: Die erbitterten Einwohner des Dorfes Puebla de Alfinen zogen heute zur Schule des Dorfes, um dem anarchischen Unterricht ein Ende zu bereiten. Die Lehrer hielten der Menge mit Revolverkugeln so lange Stand, bis die Bürgergarde eintraf und die Lehrer vor einer Lynchung bewahrte. Die Staatsanwaltschaft nahm eine Hausdurchsuchung in der Schule vor, wobei Formen zur Fabrikation von Bomben, Pläne der Stadt Barcelona, Modelle zu Dölmuschinen und Explosivstoffe vorgefunden wurden.

## Schweden.

König Gustav von Schweden. Die in letzter Zeit in in- und ausländischen Blättern aufgetauchten Gerüchte, daß König Gustav von Schweden an einer schweren Magenkrankheit leide, entbehren, wie das „Svenska Telegram“ Hyran, aus bester Quelle erfährt, jeden Grund. Der Gesundheitszustand des Königs bessert sich andauernd. Auch der Ernährungsprozeß wird besser und das Körpergewicht hat in letzter Zeit um 1,3 Kilogramm zugenommen.

## England.

Das Unterhaus trat gestern nach Beendigung der Frühjahrsferien wieder zusammen und beriet über verschiedene Punkte des Marineetat. Eine ministerielle Aeußerung über den künftigen Gang der Ereignisse wurde nicht abgegeben. Aquil machte lediglich einige Angaben über den Verfahrungsplan der nächsten Tage. Gibson Bowles fragte an, ob sich im Auswärtigen Amt irgend ein Nachweis über einleitende Verhandlungen befände, die im Jahre 1899 oder 1901 zwischen England und Deutschland in dem Bereich des Beitritts Englands zum Dreieund stattgefunden hätten, ob irgend welche einleitende Verhandlungen im Januar 1901 angefangen und im März 1901 abgeschlossen worden seien in Betreff eines Unternehmens oder irgend einer gemeinsamen Aktion mit Deutschland und schließlich ob irgend ein darauf bezügliche Schriftstück existiere, welches auf den Tisch des Hauses gelegt werden könne. Sir Edward Grey erwiderte: Zu jenen Fragen dieser Art über die Beziehungen zwischen England und anderen Mächten, die vor zehn Jahren bestanden haben, nicht beantwortet.

## Afrika.

Schlimme Nachrichten aus Kamerun. Nach einem telegraphischen Bericht des Gouverneurs von Kamerun ist der Kaufmann Drellschneider mit 17 Trägern bei Sef an der Straße Jaunda-Dume von den Mafa, einem von der Kultur fast noch gänzlich unberührt gebliebenen Kanibalenstamm, ermordet worden. Der Stellvertreter des Stationschefs von Duma, Hauptmann Marchner, ist dorthin abgerückt und hat bereits sieben Mafagewaltlinge, darunter Gelebensuda und Olong, in seiner Gewalt. Der Gouverneur hat den kürzlich ins Schutzgebiet zurückgetreten Major Dominik mit der Durchführung der weiteren Maßnahmen betraut.

Ans Marokko. Die Mahalla Milai Refirs lagert in einer Entfernung von zwei Stunden von den Truppen Milai Safids. Die Truppen des Sultans sind von den Wasserstellen abgeschnitten und können sich nur unter dem Feuer der Aufständischen mit Wasser versorgen. Vier Dörfer wurden von den Truppen Milai Refirs geplündert. Die Eingeborenen der Gegend von Seira haben sich empört und eine Karawane geplündert. Neun Mann wurden getötet, unter ihnen fünf Soldaten der Eskorte.

## Baden.

Karlsruhe, 9. Juni 1910.

### Das Wassergesetz.

Die „Karlsruh. Zeitung“ schreibt: In den letzten Tagen ist durch die Presse die Nachricht gegangen, daß die Hoffnungen auf ein Zustandekommen des

Wassergesetzes sehr geringe seien, weil sich zwischen der Regierung und der Kommission der Ersten Kammer über eine Reihe wichtiger Fragen Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten und es zweifelhaft sei, ob über diese eine Verständigung erzielt werden könne. Diese Nachricht ist unzutreffend. Die Kommission der Ersten Kammer ist in eine Beratung des Inhalts der Wassergesetznovelle noch gar nicht eingetreten; es ist nur die Frage besprochen worden, ob angeht die Frage eine Behandlung des Gesetzesvorlages auf diesem Landtage noch möglich sei.

### Unglaublich, aber wahr!

Von St. Wasen wird uns von durchaus vertrauenswürdigem Orte geschrieben:

Hier ist ein Telegramm des Herrn Thorbecke angekommen, daß die Budgetkommission auf Antrag des national-liberalen Abgeordneten Pfeifferle beschloffen habe, die Regierung zu ermahnen, 1 Million im Nachtrag für die Bahn Lützel—St. Wasen einzusetzen.

Hier will der Ansehenerweckt werden, als ob die national-liberale Partei das Verdienst habe, daß der Antrag auf Einstellung einer Million in das Budget von der Budgetkommission gefaßt wurde. Welches ist der Gang der Dinge? Nach dem Landtage 1907/08 mußte mit aller Bestimmtheit erwartet werden, daß das Budget für den gegenwärtigen Landtag eine erste Rate zwecks Erstellung einer Bahn von Lützel nach St. Wasen enthalten werde. Als das Budget erschien, war diese Erwartung nicht erfüllt. Die Regierung glaubte mit Rücksicht auf die Finanzlage von Einstellung einer Million absehen zu sollen. Nun setzte in der Kammer die erste Aktion ein. Am 6. April in der 56. öffentlichen Sitzung ging folgender Antrag ein:

„Wir beantragen das hohe Haus wolle beschließen: Die Großh. Regierung wird ersucht, alsbald einen Gesetzentwurf über den Bau einer Eisenbahn von Lützel nach St. Wasen vorzulegen und eine erste Rate in einer Nachtragsforderung in den Staatsvoranschlag einzusetzen, wenn nötig unter Verabreichung der für die großen Bahnhöfe vorgesehenen Mittel.“

Karlsruhe, den 6. April 1910.

Duffner.

Wilmann.

Wittmann.

Görlacher.

Dietzle.

Dr. Schäfer.“

Dieser Antrag fand mit verschiedener anderem, daß aber mit keiner Partei etwas zu tun hat, auf der Tagesordnung der Budgetkommission und zwar in der Sitzung vom Montag nachmittag. Berichterstatter ist für den Eisenbahnbau also auch für diesen Antrag Duffner der Abg. Pfeifferle. Dieser konnte nun nach Wahgabe seines Urteils gegen oder für den Antrag sein. Er konnte sich natürlich nur für den Antrag aussprechen. Das tat Herr Pfeifferle und empfahl den Antrag, es möge die Regierung noch eine erste Rate in einem Nachtrag bringen, der Budgetkommission zur Annahme. Die bestimmte Summe von einer Million wurde nicht von ihm, sondern von der Seite genannt, von welcher auch der Antrag ausging, also von Zentrumseite. Will das geteilt werden? Alle Parteien waren einig über den Antrag und die Summe von einer Million. So kam die einstimmige Annahme zustande.

Nun vergleiche man das Thorbecke Telegramm in St. Wasen und die Tatsachen. Dem Thorbecke Telegramm entspricht auch eine Darstellung der Sache in der national-liberalen Presse. Wir nennen bloß die „Freisgauer Zeitung“ in ihrer Nummer vom Dienstag. Was mit dem irreführenden Telegramm bezweckt werden will, liegt auf der Hand! Wir wiederholen angeht dieses Vorganges: unglaublich aber wahr!

### „Wiel Wahres“.

so meint der „Schwäb. Merkur“, enthalte der von uns nützlich gebrochene Artikel der „Bad. Landesztg.“ über die katholischen geistlichen Lehrer an den Mittelschulen. Er schreibt nämlich (Nr. 257):

Karlsruhe, 7. Juni. Ueber den schon erwähnten Artikel der „Bad. Landesztg.“ über die geistlichen Lehrer an Staatsanstalten zieht der „Bad. Beob.“ heute mit dem größten Geschick her. „Sammelarium von Anmaßung, Ignoranz, Unfinn, Wüßigkeit, Verächtlichkeit“, das sind so einige der Schmeicheltönen, die das führende Zentrumsblatt ausstößt. Der „Beob.“ wird selbst schwerlich glauben, daß jemand außerhalb seiner ergebensten Anhänger derartige Schimpfworte für eine Widerlegung ansieht. Der Artikel der „Landesztg.“ enthält viel Wahres, und an seiner Stelle haben wir das Gefühl, daß er für Andersdenkende heilsam sein könne, wiewohl hat sich der Verfasser nicht bemüht, auf die vorhandenen Unfinnigkeiten hinzuweisen, ohne jemanden zu verletzen. Der „Beob.“ scheint zu glauben, er müsse den Stil des Papstes nachahmen. Das wäre aber doch nicht ratsam.“

Wir wären dem „Schwäb. Merkur“ recht dankbar, wenn er das „Wiel Wahres“, was der Artikel der „Bad. Landesztg.“ enthalten soll, genau bezeichnen würde. Er würde uns damit einen Dienst leisten. Aber auch so ist uns die kurze Notiz schon interessant. Fast könnte man zu dem Gebahren kommen, der „Schwäb. Merkur“ wisse gar nicht, daß die Ausdrücke „Ignoranz, Unfinn, Verächtlichkeit“ u. dergleichen sachliche Ausdrücke sind für gewisse Behauptungen sachlich durchaus zutreffende Bezeichnungen sein können. Sollte er das nicht wissen, dann würde das eine mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache voraussetzen. Und in diesem Fall sind bezw. waren sie am Platz. Daß der „Schwäb. Merkur“ das nicht einsehen, ist uns wieder einmal ein Beweis dafür, welche Ungeheuerlichkeiten selbst erfahrene Männer aus Kathollen zuzunehmen. Und daß der Artikel der „Bad. Landesztg.“, der nur eine einzige Bezeichnung und Längereidigkeit für uns Kathollen ist, vom „Schwäb. Merkur“ als Bezeichnung für uns Kathollen nicht empfunden wird, zeigt wieder einmal, wie schwer anzuzugewöhnen ist, sich in das Denken und Fühlen der Katholiken hineinzuversetzen. Die christlichen Mauerer, die hier in seiner Beziehung bestehen, sind von jeder ein viel bedeutenderes Verleumdungsgewissen, als die wirklichen christlichen Mauerer. Und dies alles trotz der vielerhämten, gegenseitigen Verständnisse wecken sollenden Simultandukule!

### Wie der „Volkfr.“ die Wahrheit sagt.

Der „Volkfr.“ schreibt am 7. Juni: „Die Sozialdemokratie will jetzt schlimmen Zeiten entgegengehen, denn der „Badische Beobachter“ hat einen Artikel gegen uns geschrieben wegen der „zentrumlichen Einseitigkeit“ in Nr. 125 unseres Blattes, weil wir uns erlaubten, das Wochenspekt in Not-Waß als das zu kritisieren, was es in Wirklichkeit ist, als eine konstante zwecks Einseitigkeit in politischen Dingen unerschaffener Tabakarbeiter und Bauern. Dabei polemisiert das Blatt gegen uns in durchaus unehrlicher Weise — wie gewöhnlich natürlich. Es geht aus unserem Artikel die Sache zusammen, die ihm passen und läßt das Wesentliche ein-

schad weg. So haben wir z. B. das Anleihenprogramm und Ansehen des Großherzogs nur so nebenbei erwähnt, während das Blatt hergeht und diesen Passus einfach zum Mittelpunkt seiner Polemik macht. Wir hätten die christlich organisierten Arbeiter „beschimpft, weil sie auch des Großherzogs gedenken“ und hätten über dessen Ehre „gepöppelt“ usw.

Nun, wer unsere Schwänze nur einigermaßen kennt, der weiß, daß bei ihnen die in letzter Zeit so starke Betonung nicht das Gold ehrender Lieberzeugung ist, sondern nur Mittel zum Zweck. Man weiß doch, daß sie sich den „angekommenen“ monarchischen Prinzip gegenüber auch recht zugeknüpft verhalten können, wenn es ihren Interessen und dem Nachsehen der Merkur dienlich erscheint, die in den 70er Jahren z. B. noch mehr über den Rhein als nach Berlin geschickt hat.“

Wenn der „Volkfr.“ ein Gewissen hat, daß ihm sagt, daß man auch dem Gegner gegenüber bei der Wahrheit bleiben muß, dann könnte er das nicht schreiben, was er hier geschrieben hat — es müßte denn sein, daß es ihm wo anders festliege. Denn es ist wie sich jedermann aus dem „Bad. Beobachter“ überzeugen kann, eine Unwahrheit, daß der „Bad. Beob.“ die Sätze zusammenjegte, wie sie ihm passten, wobei er das wesentliche einfach wegließ. Es ist weiter eine Unwahrheit, daß der „Beobachter“ die alberne Bemerkung des „Volkfr.“ über das Telegramm an den Großherzog zum Mittelpunkt seiner Polemik machte. Der „Volkfr.“ kann das nur deshalb schreiben, weil er seinen Lesern überhaupt nicht mitteilen will, was der „Beob.“ schrieb, weder das Wesentliche, noch das Unwesentliche. So kann er denn schwindeln.

Die Verächtlichkeit der monarchischen Meinung des Zentrums im „Volkfr.“ ist in einem sozialistischen Blatt förmlich. Was er darüber sagt, ist eine neue Lüge, die aber verständlich wird, wenn man weiß, daß die Sozialdemokratie im Großherzogtümmer alle Allianzen annimmt, welche der National-liberalismus an sich hatte und hat. Jetzt greift der „Volkfr.“ sogar zur dümmsten und erlogensten aller national-liberalen Verächtlichkeiten, indem er die „Schwarzen“ als Franzosenfreunde im deutsch-französischen Krieg verächtlich. Der „Volkfr.“ darf sich nicht darauf, daß er auch dieses Verächtlichungsmittel dem roßigen Waffenarsenal der National-liberalen entliehen hat. Halb stecte der bodische Sozialist bisher schon in der national-liberalen Mütze; jetzt will er sie sich ganz zurecht machen. Er will offenbar die Fabel umkehren und einmal den Löwen in der Felskluft spielen. Recht so! Das gehört zur sozialistischen Mauerung in Baden!

V. Aus Baden, 8. Juni. Am Sonntag, den 17. Juni d. J. findet auf dem Schutterlinderberg bei Bad. die diesjährige Sommerfest der fortschrittlichen Volkspartei Wadens statt. Am Vorabend vereinigen sich die Teilnehmer zu einem Festbankett in Bad. Sonntag vormittag tritt der Landesauschuss zu einer Sitzung zusammen, an die sich ein gemeinschaftliches Mittagessen anschließt.

## Arbeiterzeitung.

Baden, 8. Juni. Die in Folge Differenzen von dem Verbände christlicher Tabakarbeiter über die Wadens. Gebr. Wolf-Berwanger angehängte Evidenz ist seit Samstag, den 4. Juni, weil Differenzen geregelt, wieder aufgehoben worden. Samstag, 8. Juni. 12000 streikende Kohlengrubenarbeiter beschloffen, die Arbeit heute wieder aufzunehmen.

## Kleine badische Chronik.

Z. Mannheim, 8. Juni. Infolge von Krankheit und Schwermut hat sich gestern vormittag in Heidelberg ein 71 Jahre alter verheirateter Landwirt auf dem Speicher durch Erhängen das Leben zu nehmen versucht. Er wurde jedoch noch rechtzeitig abgeholt und wurde die von einem Arzte angelegten Wiederbelebungsbemühungen mit Erfolg. Derlei ist trotzdem an den Folgen heute früh gestorben. — Heute früh wurde in der Nähe der Oppaustraße an der Rheininsel die Leiche einer noch unbelasteten Frauensperson im Alter von etwa 20 Jahren gefunden und in die Leichenhalle verbracht. — Unter dem W. d. d. d. des Mordes wurde hier ein Tagelöhner aus Kappel verhaftet.

W. Heidelberg, 8. Juni. Der hochbetagte Tagelöhner Adam Reberle aus Heddesheim hat sich infolge Schwermut erhängt.

W. Schwetzingen, 8. Juni. Der 19 Jahre alte Josef Maurer von Wülfling fragte oberhalb des Auges mit dem Fingerringel ein Fingerringel auf. Es stellte sich eine Verletzung ein und schon nach kurzer Zeit war der fröhliche, junge Mann eine Leiche.

W. Pforzheim, 8. Juni. (Der Aufständische verhaftet.) In Wels (Oberösterreich) wurde vor kurzem ein Mann verhaftet, auf den, wie die „Pres. Ztg.“ meldet, die Personalbeschreibung des schon längst gefassten Aufständischen von Pforzheim und Rinderbach von Freiburg i. B. paßt. Am 15. November 1898 war in Pforzheim ein Aufständischer begangen worden, ein Jahr darauf waren schwere Schlägen an Mäddchen in Freiburg i. B. verübt. Es gelang nicht, den Täter zu ermitteln. Der in Wels Verhaftete ist der Schwabinger Strodel rechte Handhelfer, der 1877 in der Schweiz geboren wurde und nach Unternehmungen zurückgeblieben ist. Eine feiner aufgenommene Photographie Strodel wurde nach Freiburg gebracht und von der Staatsanwaltschaft den in Frage kommenden Rindern vorgezeigt, die in ihr bestimmt den Täter erkennen wollten. Auch die Handchrift Strodel zeigt große Ähnlichkeit mit der an die Staatsanwaltschaft Freiburg gerichteten Karte. Strodel, der weiß, welcher Tat er bezichtigt wird, simuliert Geistesstörung. — Die 19 Jahre alte Vollwaise Luise Genth von Rindbach trat an einem mit Verlesung gefüllten Tischchen, das sie mit einem anderen Woch enthaltenden verdeckelt hatte. Das Mädchen starb nach kurzer Zeit.

W. Pforzheim, 8. Juni. Gestern abend sprach in einer vom Ortsauschuss der hiesigen Zentrumspartei einberufenen Versammlung, welche trotz anderweitigen Veranstaltungen gut besucht war, Herr Generalsekretär Dr. Schärnhel, Köln, über „Ziele und Zwecke der W. i. d. R. i. d. B.“. Anknüpfend an jene direkte Rede von Friedrichshagen hierher verlag der Redner die Arbeit der W. i. d. R. i. d. B. mit derjenigen der Zeppekings in früheren Jahren, wo letzterer mit großer Fähigkeit und Ausdauer viele Schwierigkeiten überwinden mußte, bis er anerkannt wurde. Die W. i. d. R. i. d. B. sind eine Arbeitsstelle, sie wollen der Parteileitung keine Konkurrenz machen, sondern ordnen sich derselben unter. Sie sollen sich hauptsächlich die jungen Zentrumsanhänger über alle öffentlichen Fragen aufklären, insbesondere über die Grundzüge und Anschauungen der Zentrumspartei. Keine extreme Alles-oder-Nichts-Politik zu treiben, sondern schrittweise vorwärts gehen, da die Welt nicht auf einmal umgewandelt werden kann. Die jungen Leute müssen von der Notwendigkeit überzeugt werden, daß der katholische Volksteil in sich zusammen geschlossen sein muß, um etwas auszurichten und das Erreagene zu halten. Der W. i. d. R. i. d. B. will den „Jungen“ wie-



